



## TÜRKEI BULLETIN 24/15

Berichtszeitraum: 16.Dezember 2015 – 03. Januar 2016

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde des Türkei-Bulletins,

annus horribilis – eine Überzeichnung des zu Ende gegangenen Jahres? In jedem Falle war es ein schwieriges, sorgenbeladenes Jahr, nach dessen Abschluss man nur auf Besserung hoffen kann.

Für die Türkei war es ein wichtiges, sicher kein gutes Jahr. Wichtig, denn in zwei Wahlprozessen hat das türkische Wahlvolk ein klares und unzweideutiges Votum abgelegt: Nahezu 50% der Wahlbeteiligten haben sich für die Fortsetzung der Alleinherrschaft der Regierungspartei AKP ausgesprochen – und damit für einen politischen Kurs, der im Wesentlichen von Präsident *Erdoğan* bestimmt wird. Offenkundig erwarten sie von dieser Entscheidung für ihr Heimatland und für ihre persönliche Zukunft die besten Resultate. Dies muss man – ob man mag oder nicht – zur Kenntnis nehmen.

Die in ihrer Stellung bestätigte politische Führung der Türkei hat es im zurückliegenden Jahr allerdings nicht vermocht, durch eine umsichtige Politik jenen Kurs fortzuführen, den sie selbst – gegen viele Widerstände – vor wenigen Jahren eingeleitet hatte. Natürlich ist hier von der sogenannten „Kurdischen Lösung“ die Rede, die hohe Erwartungen dahingehend geweckt hatte, dass ein wesentliches Strukturproblem der Türkei seit ihrer Gründung nun endlich gelöst werden könnte. Nun liegt dieser Friedensprozess in Trümmern; erneut ist Blut vergossen und Hass gesät worden. Insofern dürften auch die Wahlsieger des 01. November 2015 kaum so vermessen sein, das Jahr 2015 als ein „Gutes“ zu bezeichnen.

Wir schauen rasch nach vorne und wollen Ihnen auch im Jahr 2016 interessante und relevante Informationen über politische Ereignisse und Entwicklungen in der Türkei liefern. Gerne stehen wir Ihnen jederzeit auch bei Rückfragen zur Verfügung. Zudem möchten wir Sie auf die Kurzberichte, Kommentare und Hintergrundberichte zur Türkei hinweisen, die Sie über die Mutter-Homepage unserer Stiftung abrufen können.

Am Beginn eines neuen, hoffentlich nicht nur für die Türkei friedlicheren Jahres 2016 darf ich Ihnen Erfolg, Zufriedenheit und vor allem viel Gesundheit wünschen.

Hans-Georg Fleck

*Inhalt u. a.: Russland verschärft Sanktionen gegen die Türkei, Hacker-Attacken auf türkische Banken, Zypern: Vielversprechende Schritte in Richtung Wiedervereinigung, Vorsichtige Annäherung zwischen Israel und Türkei, Bürgerkriegsähnliche Zustände im Südosten der Türkei, Gewalt gegen Frauen: Seit 2010 mehr als 1.100 Morde, Homophobie: Türkischer Fußballverband wird verurteilt*

## Überblick

Das Jahr 2015 endet für die Türkei mit einer zunehmenden Gewalteskalation im Südosten des Landes. Die tagtäglichen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und türkischen Sicherheitskräften gehen unvermindert weiter. In vielen Städten der Region herrscht weiterhin Ausnahmezustand. Die Zivilbevölkerung, die am meisten darunter leidet, sieht sich dazu gezwungen, ihre Häuser und Städte zu verlassen. In seiner Neujahrsansprache hat Staatspräsident Erdoğan derweil seine Entschlossenheit im Kampf gegen die PKK unterstrichen. „Unsere Sicherheitskräfte säubern sowohl die Berge als auch die Städte Meter um Meter von den Terroristen und sie werden mit der Säuberung weitermachen“, so Erdoğan.

Dem Chefredakteur der türkischen Tageszeitung ‚Hürriyet‘, Sedat Ergin, droht nach Mitteilung des Blattes ein Verfahren wegen Beleidigung des Präsidenten. Grund sei ein Artikel des Journalisten vom September: Darin soll sich Ergin spöttisch über eine Rede Erdoğan's zu einem Angriff der PKK auf türkische Soldaten geäußert haben. Im Falle einer Verurteilung drohen Ergin bis zu fünf Jahre Haft.

In der Türkei muss sich erneut ein Jugendlicher wegen Kritik an Staatschef Erdoğan vor Gericht verantworten. Die Richter in der thrakischen Provinz Tekirdağ ordneten Untersuchungshaft für den 17-Jährigen an, wie die Nachrichtenagentur Doğan meldete. Der Jugendliche war in der Stadt Çorlu nach Beschwerden über sein Facebook-Profil festgenommen worden. Er soll Erdoğan in dem Netzwerk beleidigt haben. Dem Schüler droht eine Haftstrafe.

Rund zweieinhalb Jahre nach den regierungskritischen Gezi-Protessen sind 35 türkische Fußballfans vom Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung freigesprochen worden. Für weitere gewichtige Anklagepunkte wie „versuchter Umsturz der Regierung“ und „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ sah das Istanbuler Gericht ebenfalls keine Beweise. Während der Gezi-Protessen im Sommer 2013 hatte der Beşiktaş-Fanklub ‚Çarşı‘ eine wichtige Rolle gespielt: viele ‚Ultras‘ nahmen an den Demonstrationen teil. Die Staatsanwaltschaft hatte den Fans vorgeworfen, die Proteste als Vorwand für einen Regierungsumsturz genutzt zu haben.

Den Angaben von zivilgesellschaftlichen Aktivisten zufolge ist der oppositionelle syrische Dokumentarfilmer und Journalist Naji Jerf in der südosttürkischen Stadt Gaziantep getötet worden. Jerf hatte in seinen Beiträgen offen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) kritisiert. Laut Medienberichten erhielt er auf offener Straße einen Kopfschuss; später erlag er im Krankenhaus seinen Verletzungen. Jerf hat schon mehrere Dokumentarfilme über den Syrien-Konflikt gedreht. Vor seinem Tod arbeitete er an einem Werk über die Massaker des IS. Es ist nicht das erste Mal, dass ein syrischer Oppositioneller in der Türkei getötet worden ist.

Die Türkei hat bekannt gegeben, die noch verbliebenen türkischen Soldaten aus dem Nordirak abziehen. Damit reagiert Ankara auf eine entsprechende Aufforderung von US-Präsident Obama. Wie das türkische Außenministerium mitteilte, wird die Türkei „aus Rücksichtnahme auf die Bedenken der irakischen Seite“ den begonnenen Prozess zum Abzug ihrer Soldaten aus der nordirakischen Provinz Mossul fortsetzen. Nach Angaben des Weißen Hauses hatte Obama in einem Telefonat mit Erdoğan „zusätzliche Schritte“ verlangt, um die Spannungen mit der irakischen Regierung zu entschärfen: Ankara müsse „die Souveränität und die territoriale Integrität des Irak“ respektieren. Die Verlegung türkischer Soldaten in den Nordirak hatte für eine außenpolitische Krise zwischen Bagdad und Ankara gesorgt.

Die Türkei ist Teil der von Saudi-Arabien geführten militärischen Allianz zur Bekämpfung des Terrorismus'. Insgesamt 34 Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung gehören der Koalition an. Der Vize-Kronprinz und saudische Verteidigungsminister Mohammed bin Salman gab bekannt, dass Saudi-Arabien diese Koalition gebildet habe, um „jegliche Art von Terror“ gemeinsam zu bekämpfen. Das betreffe nicht nur den IS, sondern „jede Terrororganisation, die vor uns auftaucht“, so bin Salman im Rahmen einer Pressekonferenz. Unter den Staaten der Region gehören – neben dem saudischen Erzrivalen Iran – auch der Irak und Oman der Koalition nicht an. Unklar bleibt, in welcher Beziehung die neue Allianz zur bereits bestehenden, US-geführten Allianz stehen soll.

### **Russland verschärft Sanktionen gegen die Türkei**

Rechtzeitig zum Jahreswechsel weitet Russland seine Sanktionen gegen die Türkei aus. Nun sind auch türkische Firmen betroffen, die zwar offiziell nicht in der Türkei registriert sind, aber türkischen Staatsbürgern gehören. Mit dieser Präzisierung will der Kreml „Schlupflöcher“ schließen. Moskaus Strafenkatalog ist damit jedoch noch nicht erschöpft. Vizepremier Arkadij Dvorković bestätigte, dass es eine weitere Verschärfung der Sanktionen geben werde: „Es werden weitere Schritte folgen, die demnächst bekanntgegeben werden. Der Regierungschef hat sie schon auf Kabinettsitzungen angekündigt.“ Details nannte Dvorković nicht, kündigte aber gleichzeitig an, Russland werde den „Weg konsequent fortsetzen“, um damit „adäquat“ auf den türkischen Abschuss eines russischen Kampffjets zu antworten. Ziel der Regierung sei allerdings nicht die vollständige Aufkündigung der Zusammenarbeit. So soll der Getreideexport in die Türkei fortgesetzt werden. Russische Medien berichten, dass sich die neue Sanktionsrunde auf den Bereich staatlicher Einkäufe, auf den Import von Dienstleistungen im Bau-, Tourismus- und Hotelsektor und auf die Holzverarbeitung erstrecken könnte.

Mit der Ankündigung neuer Sanktionen demonstriert Moskau seine Unzufriedenheit mit den Beschwichtigungsversuchen Ankaras. Während Präsident Erdoğan sich optimistisch gezeigt hatte, dass die Beziehungen sich bald wieder verbessern werden, bezeichnete Putin sie als gründlich zerrüttet. „Nichts ist ewig unter dem Mond“ – so deutete Putin den Rücktritt Erdoğan's als den seiner Ansicht nach einzigen Ausweg aus der politischen Krise an. Der türkische Premierminister Davutoğlu kritisierte dagegen die Wirtschaftssanktionen Russlands gegen sein Land: „Unsere russischen Freunde sollten nicht vergessen, dass die Türkei, als alle Staaten Sanktionen gegen Russland verhängten, dies nicht getan hat“, so der Regierungschef während seiner Staatsvisite in Serbien. „Die Russen, die sich über die gegen sie verhängten Sanktionen beschwert haben, führen diese nun gegen uns aus“, so Davutoğlu weiter.

Unterdessen konnte die Blackbox des abgeschossenen Kampffjets keine neuen Erkenntnisse liefern. Der Flugschreiber sei so stark beschädigt, dass keine Daten ermittelt werden konnten, so der stellvertretende Flugsicherheitschef der russischen Luftwaffe, Sergej Bainetov. Der Luftwaffenvertreter erklärte, Russland werde nun Experten zu Rate ziehen, um doch noch an Informationen in der Blackbox zu gelangen. Dies werde aber viel Zeit in Anspruch nehmen. Moskau hatte gehofft, mit Informationen aus der Blackbox seine Version des Vorfalls am 24. November 2015 belegen zu können.

### **Hacker-Attacken auf türkische Banken**

In der Türkei sind Banken und öffentliche Institutionen Opfer großangelegter Cyberattacken geworden. „Die Hackerangriffe sind schwerwiegend“, sagte ein Sprecher des türkischen Internetanbieters Türk Telekom. Die Banken İş Bankası, Garanti Bankası und Ziraat Bankası bestätigten die Attacken. Es gebe vereinzelt Störungen von Kreditkarten-Transaktionen. Schon seit zwei Wochen komme es immer wieder zu Angriffen auf IT-Systeme; die Intensität habe noch zugenommen. Offizielle Angaben gab es dazu nicht. Auch türkische Internetserver wurden Opfer von massiven Hackerangriffen. Wie die türkische Domainverwaltung Nic.tr mitteilte, gehen die Angriffe offenbar von „organisierten Quellen“ im Ausland aus. Der türkische Kommunikationsminister Binali Yıldırım sprach von einer „ernsten“ Attacke und forderte eine Verschärfung der „unzureichenden“ Sicherheitsmaßnahmen.

In türkischen Medien wird derweil darüber spekuliert, dass Russland hinter den Cyberattacken stecken könnte. Die türkisch-russischen Beziehungen sind seit dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch die Türkei stark angespannt. Türkischen Medienberichten zufolge könnte aber auch die Hackergruppe Anonymous hinter dem Angriff stecken. Sie hatte demnach mit Aktionen gegen die Türkei gedroht, um sie für die vermeintliche Unterstützung der Terrormiliz IS zu bestrafen.

### **Zypern: Vielversprechende Schritte in Richtung Wiedervereinigung**

Auf der seit mehr als 40 Jahren geteilten Mittelmeerinsel Zypern gibt es hoffnungsvolle Zeichen der Annäherung zwischen den Repräsentanten des griechischen und des türkischen Bevölkerungsteils. Als Zeichen ihres Willens, die Teilung zu überwinden, haben die Volksgruppenführer der griechischen und türkischen Zypriern eine gemeinsame Weihnachts- und Neujahrsansprache an die Inselbewohner gerichtet.

Der Staatschef der international anerkannten griechisch-geprägten Republik Zypern, Nikos Anastasiades, und der Präsident der nur von der Türkei anerkannten Türkischen Republik Nordzypern, Mustafa Akıncı, sprachen in der eigenen wie in der Sprache der jeweils anderen Volksgruppe. Anastasiades sagte auf Türkisch, er hoffe, dass „alle Zypriern 2016 wieder friedlich in einer wiedervereinigten Heimat leben können“. Akıncı wünschte auf Griechisch den griechisch-orthodoxen Zypriern Frohe Weihnachten und, dass „das neue Jahr dauerhaften Frieden, Ruhe und Wohlstand für alle Zypriern“ bringen möge. Beide Politiker gelten als überzeugte Verfechter einer Vereinigung; ihr persönliches Verhältnis ist gut.

Der politische Wille zur Einigung ist da: „Wir haben bereits eine beachtliche Wegstrecke zurückgelegt“, sagte der griechisch-zyprische Außenminister Ioannis Kasoulides. Doch die alten Streitpunkte bestehen weiter: Wann werden die rund 35.000 türkischen Besatzungssoldaten aus dem Inselnorden abziehen? Welches Ausmaß an Selbstverwaltung werden die beiden Volksgruppen haben, welche Zuständigkeiten die gemeinsame Zentralregierung? Und wie werden sich beide Volksgruppen die Macht in dieser Zentralregierung teilen? Kompliziert sind auch die Entschädigungsfragen aus der Zeit der Vertreibungen während der türkischen Invasion 1974, als über 200.000 Menschen – etwa ein Drittel der gesamten Inselbevölkerung – ihre angestammte Heimat verlassen und in den jeweils anderen Teil der Insel fliehen mussten.

Nach Zeitungsberichten wollen Anastasiades und Akıncı im Januar dreimal zu weiteren Verhandlungen zusammentreffen. Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sprechen sie seit Mai 2015 intensiv über die Wiedervereinigung der Insel. Als mögliche Lösung für die seit 1974 de facto geteilte Insel wird eine Föderation zweier Bundesländer mit politisch gleichberechtigten Volksgruppen angestrebt.

### **Vorsichtige Annäherung zwischen Israel und Türkei**

Laut Medienberichten sollen sich beide Staaten grundsätzlich auf die Normalisierung ihrer Beziehungen verständigt haben, die seit dem ‚Mavi Marmara‘-Konflikt, der Stürmung der Gaza-Flottille durch die israelische Armee im Mai 2010, auf Eis liegen. Man habe eine „vorläufige“ Einigung zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen erzielt, die auch eine Rückkehr der Botschafter beider Staaten beinhalte, verlautete es aus israelischen Regierungskreisen. Die Vereinbarung sei jüngst bei einem geheimen Treffen in der Schweiz erreicht worden. Die türkische staatliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtete allerdings, dass die Verhandlungen noch andauern würden. Teilnehmer waren Beauftragte des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Vertreter des türkischen Außenministeriums.

Die Eckpunkte des nun angestrebten Abkommens sehen laut Medienberichten folgenden Kompromiss vor: Israel zahlt für den Tod von zehn türkischen Staatsbürgern während der Stürmung der Gaza-Flottille insgesamt 20 Mio. USD Entschädigung an die Türkei, die in einen gesonderten Fonds zur Unterstützung der betroffenen Familien fließen werden. Im Gegenzug werden sämtliche Klagen gegen Israel und israelische Offiziere zurückgezogen, so die israelische Zeitung ‚Ha’aretz‘ und der israelische Rundfunk. Als weiterer Teil der Vereinbarungen solle auch Saleh al-Aruri, ein ranghohes Mitglied der islamistischen Hamas, aus der Türkei verbannt werden. Es gebe zudem die Absicht, eine israelische Gasleitung in die Türkei zu bauen.

Nach jahrelanger massiver Polemik gegen Israel und seine Haltung gegenüber den Palästinensern hatte auch der türkische Staatschef Erdoğan zuletzt für eine Normalisierung plädiert. Dies könne allen Völkern der Region nutzen – auch den Palästinensern, erklärte der Präsident. Bislang hatte er nicht zuletzt ein Ende der Blockade des Gazastreifens zur Voraussetzung für eine Wiederannäherung gemacht. Politische Beobachter vermuten, auch der eskalierende Konflikt in Syrien und die Konfrontation mit Russland könnte Erdoğan zu einem Kurswechsel veranlassen und neues Interesse an Israel geweckt haben.

### **Bürgerkriegsähnliche Zustände im Südosten der Türkei**

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen PKK und den türkischen Sicherheitskräften nehmen an Intensität zu. Der Konflikt war nach zwei Jahren Waffenruhe im Juli 2015 erneut eskaliert. Staatschef Erdoğan hat bekannt gegeben, dass im gesamten Jahr 3.100 „Terroristen“ und 200 Sicherheitskräfte getötet worden seien. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen sind seit Juli auch mehr als 100 Zivilisten ums Leben gekommen. Des Weiteren wurden seit Mitte August in 17 türkischen Städten Ausgangssperren verhängt. Betroffen waren mehr als 1,3 Mio. Bürger der Türkei.

Hier eine Zusammenfassung der Ereignisse vom 16. Dezember 2015 – 03. Januar 2016:

17. Dezember: Bei Einsätzen gegen die verbotene PKK haben türkische Sicherheitskräfte im Südosten des Landes binnen zwei Tagen 23 mutmaßliche Terroristen getötet. Sie seien durch Soldaten und Polizisten in den Bezirken Cizre und Silopi (Prov. Şırnak) „eliminiert“ worden, so die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu. Auch zwei Zivilisten kamen bei dem Einsatz ums Leben. Die kurdische Nachrichtenagentur Fırat meldete, in Nusaybin (Prov. Mardin) sei ein Jugendlicher erschossen worden. Nach Angaben eines TV-Senders wurde in der Stadt Cizre eine Frau während Gefechten zwischen PKK und Sicherheitskräften getötet. Ministerpräsident Davutoğlu kündigte an, der Einsatz im Südosten werde weitergehen bis alle „Terror-Herde“ gesäubert seien.

17. Dezember: Innenminister Efkân Ala verteidigt die unzähligen Ausgangssperren in den kurdischen Gebieten. Sie dienen dem Schutz der Bevölkerung. Außerdem gibt er bekannt, dass die Türkei seit Beginn des Syrien-Konflikts gegen mehr als 33.740 Terror-Verdächtige aus 123 Ländern Einreisesperren verhängt habe. Mehr als 2.780 mutmaßliche IS-Kämpfer wurden demnach festgenommen und in ihre jeweiligen Heimatländer abgeschoben.

18. Dezember: Wegen mutmaßlicher Anschlagpläne gegen das US-Konsulat in Istanbul hat die türkische Polizei laut einem Medienbericht elf mutmaßliche Mitglieder der Terrormiliz IS festgenommen. Bei den Festgenommenen handele es sich um Syrer, die mit falschen Pässen ausgestattet waren, so die Nachrichtenagentur Doğan. Vor einer Woche hatte das US-Konsulat in Istanbul unter Verweis auf ‚Informationen über eine mögliche Sicherheitsbedrohung‘ seinen Betrieb eingestellt. Anfang der Woche wurde dann in Istanbul ein mutmaßliches IS-Mitglied unter dem Verdacht festgenommen, einen Selbstmordanschlag auf das Konsulat geplant zu haben.

19. Dezember: Bei einem Großeinsatz der türkischen Sicherheitskräfte sind im Südosten des Landes mindestens 102 mutmaßlich kurdische Rebellen getötet worden.

Auch zwei Soldaten seien bei dem mehrtägigen Einsatz in den Provinzen Şırnak, Diyarbakır und Mardin zu Tode gekommen, verlautete aus Sicherheitskreisen. Laut der kurdischen Nachrichtenagentur Fırat sind bei dem Einsatz auch acht Zivilisten ums Leben gekommen. 10.000 Polizisten und Soldaten mit Panzerunterstützung seien an dem Einsatz beteiligt gewesen. In der Kurdenmetropole Diyarbakır blieben Geschäfte aus Protest gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte geschlossen. Die Armee kündigte jedoch an, die Operationen würden fortgesetzt „bis die öffentliche Ordnung hergestellt“ sei. Nach Angaben von Augenzeugen setzt die Armee in den Wohngebieten auch Panzer und Scharfschützen ein, obwohl sich dort noch Zivilisten aufhalten.

20. Dezember: Der Co-Vorsitzende der pro-kurdischen HDP, Selahattin Demirtaş, hat die regierende AKP mit der Terrormiliz IS verglichen. Die AKP von Präsident Erdoğan sei der „IS der Türkei“, zitierte die regierungskritische Tageszeitung ‚Cumhuriyet‘ den Politiker. Seine Partei kämpfe gegen den IS, fügte er hinzu. Gleichzeitig kämpfe sie aber auch gegen das „faschistische“ Verständnis, das die AKP von der Gesellschaft habe.

20. Dezember: Die Polizei in Istanbul hat eine pro-kurdische Demonstration gegen die Militäroffensive im Südosten des Landes gewaltsam aufgelöst. Die Sicherheitsorgane setzten auf der zentralen Einkaufsmeile İstiklal Caddesi Tränengas ein. Mehrere hundert Demonstranten forderten ein Ende der seit Tagen andauernden Ausgangssperren in den umkämpften kurdischen Städten des Südostens.

22. Dezember: John Kirby, Sprecher des US-Außenministeriums, äußert die Erwartung, dass die türkische Regierung zu Friedensverhandlungen mit der kurdischen PKK zurückkehre. „Wir hoffen, dass sich die türkische Regierung und die PKK wieder zu einem politischen Prozess verpflichten, der einen gerechten und dauerhaften Frieden für alle türkischen Bürger bringt“, sagte der Sprecher des State Departments. Kirby sprach auch den Umstand an, dass Zivilisten durch die massiven Militäroperationen in den mehrheitlich kurdischen Städten in Gefahr gebracht werden. Es sei verständlich, dass die Türkei Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit ergreifen müsse, „doch sie sollte auch alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, um Zivilisten zu schützen“.

22. Dezember: Mit Tränengas und Wasserwerfern ist die türkische Polizei gegen eine Demonstration gegen die Ausgangssperre in der Kurdenhochburg Diyarbakır vorgegangen. Mehrere tausend Demonstranten hätten versucht, in den umkämpften Stadtteil Sur vorzudringen, so Nachrichtenagenturen. Die Polizei riegelte den Stadtteil jedoch ab. Unter den Demonstranten waren auch Parlamentsabgeordnete. Bei den Gefechten in Sur wurden nach Armeeangaben acht PKK-Kämpfer und ein Soldat getötet.

23. Dezember: Die Armee gibt die Zahl der getöteten PKK-Kämpfer allein in Silopi, Cizre und dem Innenstadtbezirk Sur von Diyarbakır mit 145 an.

23. Dezember: Bei einer Bombenexplosion am Istanbul Flughafen Sabiha Gökçen stirbt eine Angestellte des Reinigungspersonals. Zwei ihrer Kolleginnen werden verletzt, als der Sprengsatz außerhalb der Abflughalle im Parkbereich der Flugzeuge detoniert. Bei der Explosion werden zudem fünf Flugzeuge beschädigt. Die bis dahin weitgehend unbekannt bewaffnete kurdische Gruppe „Freiheitsfalken Kurdistans“ bekannte sich zu dem Anschlag. Der Angriff sei die Antwort auf die „faschistischen Attacken“, durch die kurdische Städte „zu Ruinen“ würden, so ein Statement der Gruppe im Internet.

24. Dezember: Bei einem Gefecht in der südosttürkischen Stadt Cizre nahe der Grenze zu Syrien sollen sechs PKK-Kämpfer getötet worden sein. Zudem sei ein Soldat im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen, erklärte das Militär. Sicherheitskreisen zufolge waren bereits zuvor in Diyarbakır drei kurdische Kämpfer von der Polizei getötet worden.

26. Dezember: Der türkische Ministerpräsident Davutoğlu hat ein geplantes Treffen mit der pro-kurdischen HDP abgesagt. „Die jüngsten Stellungnahmen von HDP-Vertretern spiegeln eine Politik wider, die von Gewalt und von Spannungen profitiert“, erklärte das Büro des Regierungschefs.

„Es gibt keinen Grund, denselben Tisch mit dieser Gesinnung zu teilen.“ Davutoğlu führt zurzeit erste Gespräche mit den übrigen Parlamentsfraktionen über die von der AKP anvisierte Verfassungsreform. Zuvor hatte der Co-Vorsitzende der HDP, Demirtaş, in Moskau den russischen Außenminister Lavrov getroffen und so für Verärgerung bei der türkischen Regierung gesorgt.

28. Dezember: „Dieser Widerstand wird mit einem Sieg gekrönt. Die Kurden werden ihren eigenen politischen Willen in ihrer Region haben. Kurdistan wird in diesem Jahrhundert Realität. Vielleicht werden die Kurden einen unabhängigen Staat haben oder einen föderalen Staat, Kantone und autonome Gebiete.“ Diese Worte des Co-Vorsitzenden der pro-kurdischen HDP, Demirtaş, sind Gegenstand einer Ermittlung gegen den kurdischen Politiker. Der 42-Jährige hatte auf einer Veranstaltung in Diyarbakır von „politischer Autonomie der Kurden in der Türkei“ gesprochen; dies kann ihm die Justiz als strafrechtlich relevante Äußerung auslegen. Präsident Erdoğan zufolge sind die Forderungen von Demirtaş nach einer kurdischen Selbstverwaltung eine „klare Provokation“. Die Justiz werde der Partei „eine Lehre“ erteilen. „Was die beiden Co-Vorsitzenden (Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, Anm.d.Red.) gesagt haben, ist eindeutig ein Verfassungsverstoß“, sagte Erdoğan ungeachtet des Gebots der Nichteinmischung in das Handeln der Justiz. „Sie sollten dafür zahlen.“ Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der beiden HDP-Führer würde „dem Kampf gegen den Terror“ in der Türkei helfen.

30. Dezember: Die türkische Polizei hat einem Regierungsvertreter zufolge zwei mutmaßliche Mitglieder der IS-Miliz festgenommen. Sie würden verdächtigt, für Silvester einen Angriff auf dem zentralen Kızılay-Platz der Hauptstadt Ankara vorbereitet zu haben.

### **Gewalt gegen Frauen: Seit 2010 mehr als 1.100 Morde**

Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein besorgniserregendes Problem in der Türkei: Laut der von der türkischen Journalistin Ceyda Ulukaya betriebenen Website kadincinayetleri.org sind in der Türkei im Zeitraum 2010 – 2015 1.134 Frauen ermordet worden. In 608 Fällen wurde die Tat von Ehemännern oder Ex-Ehemännern begangen; in 213 weiteren Fällen stammten die Täter aus der eigenen Familie oder der Verwandtschaft.

In den Provinzen Istanbul (169 Fälle) und Izmir (79 Fälle) waren die meisten Morde zu verzeichnen, gefolgt von den Provinzen Ankara (68) und Adana (65). In 234 Fällen wurden die Frauen im Zuge einer Trennung oder Scheidung ermordet; in 217 Fällen gingen systematische häusliche Gewalt und/oder verbale Androhungen der Mordtat voraus. Laut Berichten gaben die Täter als Motive ihrer Tat u. a. an, die Frau habe „ihr Haar rot gefärbt“, „ein neues Kleid gekauft“, sie habe „den Tee beim Frühstück nicht herübergereicht“ oder sie habe sich „irritierend verhalten“.

### **Homophobie: Türkischer Fußballverband wird verurteilt**

Der türkische Fußballverband (türk.: Türkiye Futbol Federasyonu, kurz: TFF) ist von einem Gericht in Istanbul wegen der Diskriminierung eines schwulen Schiedsrichters zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund 7.200 EUR verurteilt worden. Diese Summe muss die TFF als Schadensersatz an Halil Ibrahim Dinçdağ zahlen, der wegen seiner Homosexualität 2009 aus dem Verband ausgeschlossen worden war. Daraufhin hatte er die TFF auf Schmerzensgeld und Schadenersatz verklagt. Damit wolle er in der konservativen Türkei auch ein Zeichen setzen und für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen kämpfen, hatte der 39-Jährige vor seinem langen Gang durch die Rechtsinstanzen erklärt.

Dinçdağ, der seine Geschichte auch außerhalb der Türkei publik gemacht hatte, war in Deutschland 2014 von Berlins ehemaligem Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit mit dem ‚Respektpreis‘ des ‚Bündnisses gegen Homophobie‘ ausgezeichnet worden. Dinçdağ hatte in Trabzon mehr als zehn Jahre als Schiedsrichter Spiele geleitet, ehe er 2008 zum Militär eingezogen wurde. Dort hatte

er sich als homosexuell geoutet, um nach eigenen Angaben Misshandlungen und Vergewaltigungen zu entgehen. Nach einer dreimonatigen Untersuchung war Dinçdağ dann wegen einer „psychosexuellen Störung“ ausgemustert worden, was der Fußballverband wiederum zum Anlass genommen hatte, den ehrenamtlichen Referee „wegen Unfähigkeit“ von seinen Aufgaben zu entbinden.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Projektbüro Türkei

Redaktion: Dr. Hans-Georg Fleck – Aret Demirci  
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2 Elmadağ-Istanbul 34473, Türkei

[www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)